5. Fünfter Klagegrund: Verstoß gegen das Recht auf Wahrung des Rufs und das Eigentumsrecht
 - Die angefochtenen Maßnahmen verstießen gegen die Rechte der Klägerin aus den Art. 7 und 17 der Charta der Grundrechte und/oder Art. 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention und Art. 1 des ersten Zusatzprotokolls zu dieser Konvention und/oder den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit.
6. Sechster Klagegrund: Verstoß gegen die Begründungspflicht
 - Der Rat habe die angefochtenen Maßnahmen nicht angemessen begründet, und die Klägerin sei nicht in der Lage gewesen, sachgerecht auf die Behauptungen des Rates zu erwidern.
7. Siebter Klagegrund: Vorliegen eines offensichtlichen Beurteilungsfehlers
 - Die Tatbestandsvoraussetzungen für die Aufnahme seien jedenfalls nicht erfüllt, und der Rat habe beim Erlass der angefochtenen Maßnahmen einen offensichtlichen Beurteilungsfehler begangen, da die in der Begründung angeführten Behauptungen falsch und die Voraussetzungen für eine Aufnahme nicht erfüllt seien.

Klage, eingereicht am 4. Juli 2015 — ADR Center/Kommission

(Rechtssache T-364/15)

(2015/C 302/78)

Verfahrenssprache: Englisch

Parteien

Klägerin: ADR Center Srl (Rom, Italien) (Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt L. Tantalo)

Beklagte: Europäische Kommission

Anträge

Die Klägerin beantragt,

- den Beschluss C(2015) 3117 final der Kommission vom 4. Mai 2015 für nichtig zu erklären;
- hilfsweise, alle von der Kommission nicht anerkannten Kosten für förderfähig zu erklären;
- der Beklagten und etwaigen Streithelfern die der Klägerin für dieses Verfahren entstandenen Kosten und Aufwendungen aufzuerlegen, deren Höhe vom Gericht nach Billigkeit zu bestimmen ist.

Klagegründe und wesentliche Argumente

Zur Stützung der Klage macht die Klägerin vier Klagegründe geltend.

1. Der angefochtene Beschluss müsse für nichtig erklärt werden, weil die Kommission nicht die Befugnis habe, eine Rückforderungsanordnung in Vertragsangelegenheiten zu erlassen.
 2. Der angefochtene Beschluss müsse für nichtig erklärt werden, weil er auf Tatsachen- und Beurteilungsfehlern beruhe.
 3. Der angefochtene Beschluss müsse für nichtig erklärt werden, weil die Kommission ihre Befugnisse missbraucht habe.
 4. Der angefochtene Beschluss müsse für nichtig erklärt werden, weil die Kommission ihre Begründungspflicht verletzt habe.
-